



Eurofighter für Saudi-Arabien

Bundesregierung stimmt entgegen früheren Beteuerungen der Lieferung von Eurofightern an Saudi-Arabien zu. Dessen Luftwaffe hat im Jemen-Krieg mutmaßlich Tausende Zivilisten umgebracht.

BERLIN/RIAD (Eigener Bericht) – Die Bundesregierung vollzieht einen Kurswechsel um 180 Grad und befürwortet den Export von Eurofighter-Kampffjets an Saudi-Arabien. Die saudischen Streitkräfte fingen „Raketen und Drohnen“ ab, die „die Huthi auf Israel“ feuerten, erklärte Außenministerin Annalena Baerbock am Sonntagabend. Berlin sei dankbar dafür und wolle dem Verkauf von mutmaßlich 48 in Großbritannien hergestellten Eurofightern keine Steine mehr in den Weg legen. Bundeskanzler Olaf Scholz hat den Kurswechsel am gestrigen Montag bestätigen lassen. Bisher hatte die Bundesregierung die Zustimmung zu der Lieferung, die London seit einiger Zeit plant, verweigert und dies als Aushängeschild für ihre vorgeblich an Menschenrechten orientierte Außenpolitik genutzt. Die Zustimmung ist nötig, da manche Teile auch der in Großbritannien gefertigten Eurofighter aus deutscher Produktion stammen. Mit dem Kurswechsel reagiert Berlin auch auf Kritik aus anderen Staaten und aus der Wirtschaft, Deutschland solle Rüstungsexporte an kaufkräftige Kunden nicht mehr beschränken. Saudi-Arabien zieht unterdessen den Kauf chinesischer Kampffjets in Betracht.



„Keine Exportgenehmigungen“

Die Ampelkoalition hatte schon in ihrem Koalitionsvertrag („Mehr Fortschritt wagen“) den Eindruck erweckt, keine Waffen an Saudi-Arabien liefern zu wollen. In dem Papier heißt es: „Wir erteilen keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten, solange diese

nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind.“[1] Bündnis 90/Die Grünen warben noch wenige Tage vor der Bundestagswahl vom 26. September 2021 mit der Ankündigung: „Wir setzen uns für das Export-Verbot von Waffen und Rüstungsgütern an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete ein.“ Bundeskanzler Olaf Scholz bestätigte noch am Rand des NATO-Gipfels am 11. und 12. Juli 2023 in Vilnius: „Irgendeine Entscheidung zu Eurofighter-Lieferungen in Richtung Saudi-Arabien steht absehbar nicht an.“ Regierungskreise wurden dazu mit der Erläuterung zitiert, dies gelte „zunächst für diese Wahlperiode ..., also bis Herbst 2025“.[2] Scholz' Zusage erfolgte, obwohl seine Regierung bereits im Jahr 2022 Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien genehmigt hatte – und zwar Ausrüstung wie auch Munition für die Eurofighter- bzw. Tornado-Kampffjets, über die Saudi-Arabien bereits verfügt. Die Genehmigungen beliefen sich auf einen Wert von rund 36 Millionen Euro.[3]

„Völkerrechtswidrige Kriegsführung“

Grund für die frühere Weigerung, Rüstungsgüter an Saudi-Arabien zu liefern, und speziell auch für die bisherige Ablehnung des Exports von Eurofightern war die überaus brutale Kriegsführung der saudischen Streitkräfte im Krieg gegen den Jemen. Bereits im August 2015, keine fünf Monate nach Kriegsbeginn am 26. März 2015, urteilte das Washington Institute for Near East Policy, „das Niveau der Kollateralschäden“ bei den Luftangriffen, die die saudisch-émiratistische Koalition führte, sei „niederschmetternd“. Bislang seien durch sie zwischen 4.200 und 5.500 Zivilpersonen zu Tode gekommen; dabei stellten die Mehrzahl der Jets die Luftstreitkräfte Saudi-Arabiens (100 von rund 170 Flugzeugen), die wiederum vor allem US-amerikanische F-15S sowie Eurofighter einsetzten.[4] Von tödlichen Luftangriffen etwa auf Hochzeitsgesellschaften und von anderen mutmaßlichen Kriegsverbrechen war immer wieder zu erfahren (german-foreign-policy.com berichtete [5]). „Saudi-Arabien hat im Jemen mit den von Europa gelieferten Kampfflugzeugen zivile Ziele, Schulen, Krankenhäuser bombardiert – mit dabei der Eurofighter und die Bombenmunition von Rheinmetall“, erklärte der Grünen-Außenpolitiker Jürgen Trittin noch im Oktober 2022 im Deutschen Bundestag: „Europa darf keine Waffen für eine völkerrechtswidrige Kriegsführung bereitstellen. Punkt.“[6]

Kurswechsel um 180 Grad

Wie Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) am Sonntagabend mitteilte, vollzieht die Bundesregierung nun einen Kurswechsel um 180 Grad. Saudi-Arabien habe seit dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 „Raketen und Drohnen“ abgefangen, die „die Huthi auf Israel“ abgefeuert hätten, erklärte Baerbock bei einem Besuch in Israel: „Dafür sind wir dankbar.“[7] Deshalb werde man sich den Plänen Londons, Riad Eurofighter zu liefern, nicht mehr „entgegenstellen“. Die Ministerin wurde mit der Aussage zitiert, Saudi-Arabien kenne „seit geraumer Zeit die Gefahr“, die „von den Huthi für die Sicherheit der

Region“ ausgehe: „Dass die saudische Luftwaffe dabei auch Eurofighter einsetzt, ist, glaube ich, ein offenes Geheimnis“.[8] „Der Bundeskanzler teilt diese Einschätzung“, wurde am gestrigen Montag ein Regierungssprecher zitiert: „Das ist eng abgestimmt innerhalb der Bundesregierung“.[9] Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck schloss sich bereits offiziell an. „Die saudi-arabischen Abwehrraketen schützen auch Israel“, erklärte Habeck mit Blick auf die Lieferung nicht von Flugabwehrbatterien, sondern von Eurofighter-Kampffjets. Die „Friedensprozesse in der Region“ seien auch davon abhängig, „dass sich Saudi-Arabien wohlgesonnen gegenüber Israel aufstellt – und das wollen die auch gerne tun“.[10]

„German free“

Der Kurswechsel der Bundesregierung hat einen doppelten Hintergrund. Zum einen zielt er auf die künftige Rüstungszusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten, vor allem mit Frankreich. Kooperationsprojekte wie etwa der geplante deutsch-französische Kampffjet der sechsten Generation (Future Combat Air System, FCAS) oder der ebenfalls geplante deutsch-französische Kampfpanzer (Main Ground Combat System, MGCS) leiden aus französischer Sicht darunter, dass die Bundesregierung immer wieder Rüstungsexporte an zahlungskräftige Kunden blockiert, etwa an Saudi-Arabien. Teure Vorhaben wie das FCAS oder das MGCS ließen sich nur finanzieren, wenn man eine ausreichende Stückzahl davon verkaufe, heißt es regelmäßig in Paris. Das aber sei mit der jüngeren deutschen Exportpraxis nicht zu erreichen. Deutsche Wirtschaftskreise beklagen, aufgrund der teils restriktiven Genehmigungspraxis Berlins gingen immer mehr auswärtige Rüstungsunternehmen dazu über, auf deutsche Bauteile zu verzichten; sie produzierten „German free“, um nicht auf Zustimmung aus Berlin angewiesen zu sein.[11] Die Zustimmung zur Lieferung von Eurofightern an Saudi-Arabien kann auch als Signal der Abkehr von Exportrestriktionen gelten – und als Vorgeschmack darauf, dass Berlin auch bei künftigen Rüstungsexporten Hemmungen fallenlässt.

Chinesische Konkurrenz

Zum anderen zielt die Zustimmung Berlins zur Lieferung der Eurofighter darauf ab, Saudi-Arabien von einem möglichen Kauf chinesischer Kampffjets abzuhalten. Schon seit geraumer Zeit machen Berichte die Runde, denen zufolge Riad mit Beijing über die Lieferung diverser Waffensysteme verhandelt, darunter Drohnen und Flugabwehrsysteme. China bietet im Mittleren Osten zudem sein Mehrzweckkampfflugzeug Chengdu J-10 an.[12] Der Jet wird zuweilen mit dem US-Jet F-16 verglichen. Darüber hinaus hat die Volksrepublik, so heißt es, Saudi-Arabien die Lieferung von Kampffjets des Typs FC-31 bzw. Shenyang J-31 in Aussicht gestellt. Bei diesem wiederum ziehen Experten Parallelen zum US-Jet F-35. Wurde Ende vergangenen Jahres noch berichtet, Riad zögere noch, das Angebot anzunehmen, weil es sich nicht allzu scharf gegen Washington wenden wolle [13], so war im Sommer Fachmedien zu entnehmen, die saudische Regierung sei inzwischen bereit, ernsthaft mit Beijing über den Kauf

des Flugzeugs zu verhandeln [14]. Ginge Saudi-Arabien zum Kauf chinesischer Waffensysteme über, büßte der Westen seine Dominanz auf einem der weltweit absatzstärksten Rüstungsmärkte ein.

[1] Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Berlin 2021.

[2] Scholz: Keine Eurofighter für Saudi-Arabien. zdf.de 12.07.2023.

[3] Ampel-Regierung genehmigt erstmals Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien. handelsblatt.com 29.09.2022.

[4] Michael Knights, Alex Almeida: The Saudi-UAE War Effort in Yemen (Part 2): The Air Campaign. washingtoninstitute.org 11.08.2023.

[5] S. dazu [In Flammen \(II\)](#) und [In Flammen \(III\)](#).

[6] Rede von Jürgen Trittin: Waffenexporte Saudi-Arabien. gruene-bundestag.de 13.10.2022.

[7], [8] Deutschland gibt Eurofighter für Saudi-Arabien frei. tagesschau.de 08.01.2024.

[9], [10] Scholz zeigt sich ebenfalls offen für Kampfjet-Lieferungen an Saudi-Arabien. spiegel.de 08.01.2024.

[11] Klaus Schweinsberg: Warum „German free“ international zum Werbeslogan wird. manager-magazin.de 31.10.2023.

[12] China hopes to sell J-10C fighter jets in Middle East as aerobatics team heads for Dubai Airshow. finance.yahoo.com 08.11.2023.

[13] Frédéric Lemaître: Xi Jinping reçu en majesté en Arabie saoudite. lemonde.fr 09.12.2022.

[14] Saudi Arabia-Air Force: Speeding up talks with China on the FC-31 program. tacticalreport.com 16.08.2023.

